



## **Rechtsausschuss**

### **56. Sitzung (öffentlich)**

13. Januar 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Welter, Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |          |  |           |
|----------|--|-----------|
| <b>1</b> | <b>Aktuelle Viertelstunde</b>  | <b>5</b>  |
|          | <b>Verdacht einer Gefangenenmisshandlung in der JVA Herford</b>  |           |
|          | Auf Antrag der SPD-Fraktion (Anlage)   |           |
| <b>2</b> | <b>Bericht über die weiteren Erkenntnisse der Landesregierung zu den Hintergründen der Flucht von H. und M. aus der JVA Aachen</b> (Bericht beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [Anlage]) | <b>36</b> |
|          | Vorlage 14/3133  |           |

**3 Gesetz zur Modernisierung und Bereinigung von Justizgesetzen im Land Nordrhein-Westfalen (Anlage) 55**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/9736

APr 14/1005 (Protokoll der Anhörung vom 25. November 2009)

- abschließende Beratung und Abstimmung -

Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP wird mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen und der Fraktion der SPD in Abwesenheit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Mit dem gleichen Abstimmungsergebnis billigt der Ausschuss anschließend den Gesetzentwurf in der geänderten Fassung.

**4 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen 56**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/10089

- Festlegung des Beratungsverfahrens -

Der Ausschuss verständigt sich - in Abwesenheit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - einvernehmlich auf eine Sitzung am 21. Januar um 9:30 Uhr.

**5 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Bielefeld und 22 weiterer Städte und Kreise, die durch § 1a Abs. 1 AG-KJHG, in Kraft getreten am 11. November 2008, vorgenommene Übertragung der Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe nach Maßgabe des Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz - KiföG) vom 10. Dezember 2008 verletze das Konnexitätsgebot des Art. 78 Abs. 3 LV NRW und die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der kommunalen Selbstverwaltung 57**

VerfGH 12/09  
Vorlagen 14/3012 und 14/3049

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP - in Abwesenheit der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen -, zu dem Verfahren keine  
Stellungnahme abzugeben.

- 6 Verfassungsbeschwerde des Herrn A. gegen a) den Beschluss des  
Oberlandesgerichts Köln vom 27. Januar 2009 - 7 W 101/08 -, b) den  
Beschluss des Landgerichts Köln vom 18. August 2008 - 5 O 120/08 58**

1 BvR 409/09

Vorlage 14/3123

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen  
von CDU, SPD und FDP - in Abwesenheit der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen -, zu dem Verfahren keine  
Stellungnahme abzugeben.

- 7 Klinische Fachambulanzen zur psychiatrischen Nachsorge Haftent-  
lassener - Sachstand und Konzeption 59**

Vorlage 14/3097

- 8 Übergangsmanagement für suchtkranke Gefangene 61**

Vorlage 14/3134

- 9 Vereinbarungen der schwarz-gelben Bundesregierung zur Juristen-  
ausbildung 62**

Vorlage 14/3135

- 10 Anrechnung ruhegehaltsfähiger Dienstzeiten 63**

Vorlage 14/3136

- 11 Verschiedenes 64**



#### **4 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/10089

- Festlegung des Beratungsverfahrens -

**Vorsitzender Dr. Robert Orth** informiert den Ausschuss über die Verständigung der Sprecher und der Sprecherin, als Ausschuss an der vom federführenden Innenausschuss anberaumten Anhörung nachrichtlich teilzunehmen.

Der Gesetzentwurf solle in der Plenarwoche am 3./4. Februar verabschiedet werden. Seine Schlussberatung wolle der Innenausschuss von daher am 28. Januar durchführen. Bis dahin müsste der Rechtsausschuss sein Votum abgegeben haben. Die nächste planmäßige Sitzung des Rechtsausschusses finde jedoch erst am 24. Februar 2010 statt. Es wäre zu überlegen, wegen dieser Terminierungen als mitberatender Ausschuss eventuell auf ein Votum zu verzichten.

**Frank Sichau (SPD)** empfiehlt, den Bedarfstermin 27. Januar ins Auge zu fassen, um dann abzustimmen und somit auch die Anhörung abzuwarten.

**Thomas Stotko (SPD)** plädiert ebenfalls dafür, die Anhörung abzuwarten, aber sich dann bereits an einem der Plenartage 20./21. Januar zur Abstimmung zusammenzufinden.

Der Ausschuss verständigt sich - in Abwesenheit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - einvernehmlich auf eine Sitzung am 21. Januar um 9:30 Uhr.

